

Besitzer bangen um ihre Existenz

PROTEST Die Betreiber kleiner Wasserkraftwerke fürchten Pläne des Wirtschaftsministeriums für eine Gesetzesänderung. So auch Hartmut Kolb, der bei Unterzettlitz eine Anlage betreibt.

VON UNSEREM MITARBEITER **KLAUS RÖBNER**

Unterzettlitz Es ist weit mehr als ein Sturm im Wasserglas: Die Befürworter der Erneuerbaren Energien gehen auf die Barrikaden gegen Wirtschaftsministerin Katherina Reiche, die die Rahmenbedingungen für das EEG ändern will.

Das wurde deutlich bei einem Treffen von Betreibern von kleinen Wasserkraftwerken. Werden die Pläne des Wirtschaftsministeriums umgesetzt, so fürchten sie um ihre Existenz. Doch kommt das Vorhaben in der angedachten Form zum Tragen? MdB Emmi Zeulner weckt Hoffnungen, dass das Schlimmste verhindert werden kann.

In Unterzettlitz bei Kulmbach unterhält Hartmut Kolb in der Frischenmühle ein kleines Wasserkraftwerk. Der Betrieb am Roten Main wäre massiv betroffen von den Gesetzesänderungen. Für seine Anlage, die Strom für 60 Haushalte liefert, besteht zwar Bestandsschutz, doch diese Sicherheit ist trügerisch. Wird ein kleines Wasserkraftwerk nämlich modernisiert, dann kommt das rein formaljuristisch einem neuen Antrag auf Betriebserlaubnis gleich. Und dann würde das neue Gesetz mit voller Härte durchschlagen.

„Auch bei kleinen Wasserkraftwerken gelten durch den beabsichtigten Wegfall einer festen Vergütung drastisch verschlechterte Rahmenbedingungen für Neuanlagen und Modernisierungen“, sagt Markus Ruckdeschel von der Energieagentur Oberfranken. Er gehört zum Aktionsbündnis Energiewende Oberfranken, das sich gegen die Gesetzesnovellierung stemmt.

Der Zusammenschluss kritisiert, dass die Entwürfe „EEG 2027“ und „Netzpaket“ den Ausbau der Erneuerbaren torpediert. „Ein stockender Netzausbau soll Wind und Photovoltaik-Parks jahrzehntelang verhindern. Öl und Gas sollen wieder salonfähig gemacht werden“, schreibt das Aktionsbündnis in einem Positionspapier. Diese Pläne aber hätten das Potenzial, der Volkswirtschaft schweren Schaden zuzufügen. Es drohen Unsicherheiten und zusätzliche Hürden mit dramatischen Folgen für Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und regionaler Wertschöpfung.

Das sind die Pläne

Neue Anlagen sollten nur dann ans Netz gehen dürfen, wenn deren Betreiber bis zu zehn Jahre lang auf finanzielle Ausgleich bei Abregelungen („Redispatch“) verzichten. Damit stünden reihenweise genehmigte Projekte vor dem Aus: Wegen mangelnder Ertragssicherheit würden die Banken keine Finanzierung mehr bereitstellen.

Das aber hält Michael Otte als stellvertretender IHK-Präsident für einen Irrweg. Die Wasserkraftwerke – auch wenn



In der Frischenmühle in Unterzettlitz betreibt Hartmut Kolb eine Wasserkraftanlage, die bis zu 60 Haushalte mit Energie versorgt. Die Novelle des EEG gefährdet die Finanzierung der Mühlen.

Fotos: Klaus Rößner

sie klein seien – müssten erhalten werden. Sie entlasteten das Netz. Zudem macht Otte eine andere Gefahr aus: Bedingt durch die gesetzlichen Hürden und die hohen Energiekosten würden deutsche Installationen immer teurer werden und das Nachsehen haben gegenüber Produkten aus Fernost.

„Wert wird nicht gesehen“

Zahlreiche weitere Redner unterstrichen die Bedeutung der Wasserkraft für die Netzstabilität und als Bestandteil des EEG-Portfolios. „Leider wird der Wert kleiner Wasserkraftwerke von der Politik nicht gesehen“, sagt Fritz Schweiger, Vorsitzender der Vereinigung der Wasserkraftwerke Bayern. Man brauche die Anlagen auch im Bereich Bio-Gas oder PV, da sie Sicherheit böten in der Energiewirtschaft. Das sei auch in anderer Hinsicht ein Vorteil: Sie seien resistent gegenüber Cyber-Angriffen. „Wir haben in Bayern 4000 solcher Mühlen. Das sind quasi Notstrom-Aggregate.“

Ein Bekenntnis zur Wasserkraft legte Ingrid Flieger ab, Klimaschutz-Managerin beim Landkreis Kulmbach. Die Wasserkraft trage zwar nur 1,8 Prozent zur umweltfreundlichen Energiegewinnung bei. Doch: „Jede Kilowattstunde zählt.“ Im Kulmbacher Bereich seien 45 solcher Anlagen am Netz.



„Leider wird der Wert kleiner Wasserkraftwerke von der Politik nicht gesehen“, sagt Fritz Schweiger, Vorsitzender der Vereinigung der Wasserkraftwerke Bayern.



Markus Ruckdeschel von der Energieagentur Oberfranken gehört zum Aktionsbündnis Energiewende Oberfranken, das sich gegen die Gesetzesnovellierung stemmt.

Mut sprach den Besitzern der kleinen Wassermühlen Bundestagsabgeordnete Emmi Zeulner zu. Es würden noch Verhandlungen geführt, erläuterte die CSU-Politikerin. Die Vorschläge gingen zunächst an weitere Ministerien zur Stellungnahme. Es bestehe noch großer Diskussionsbedarf. „Gerade bei kleinen Anlagen bis 25 Kilowatt darf das nicht durchgehen“, so die Rednerin. Und wei-

ter: „Ich bin guter Dinge, dass das in der vorliegenden Form nicht umgesetzt wird. Ich stehe hinter der regionalen Energiegewinnung.“

Im gesetzlichen Verfahren bestehen laut Zeulner immer noch zwei Rückfallebenen, bei denen die Novellierung abgeändert werden könnte: die Beratung im Kabinett und das parlamentarische Verfahren.